forsa.

Meinungen zur Energieversorgung

Ergebnisse einer repräsentativen Befragung

Datenbasis: 1.002 Befragte
Erhebungszeitraum: 29. September bis 1. Oktober 2026
Statistische Fehlertoleranz: +/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber: Klima-Allianz Deutschland e.V.

1 Abhängigkeit bei der Energieversorgung

Fast alle Befragten (97 %) sind der Meinung, dass Deutschland bei der Versorgung mit Öl und Gas sehr stark (77 %) bzw. eher stark (20 %) von Importen aus dem Ausland abhängig ist.

Kaum jemand (2 %) sieht hier keine starke Abhängigkeit.

In dieser Einschätzung unterscheiden sich die verschiedenen Bevölkerungs- und Wählergruppen auch im Wesentlichen nicht voneinander.

Deutschlands Abhängigkeit bei der Energieversorgung

		Deutschland ist bei der Versorgung mit Öl und Gas von Importen aus dem Ausland abhängig		
		sehr stark	eher stark	weniger stark bzw. gar nicht
		%	%	%
insgesamt		77	20	2
Männer		86	13	2
Frauen		68	27	3
18- bis 34-Jährige		78	20	2
35- bis 49-Jährige		72	24	2
50- bis 59-Jährige		84	15	1
60 Jahre und älter		75	20	3
Anhänger der:	CDU/CSU	77	22	1
	SPD	46	48	4
	Grünen	68	30	1
	Linke	77	18	4
	AfD	88	9	1

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe

forsa.

2 Ausbau der erneuerbaren Energien

Drei Viertel der Befragten (75 %) sind zudem der Meinung, Deutschland sollte den Ausbau erneuerbarer Energien beschleunigen, um unabhängiger von Öl- und Gasimporten zu werden. Etwa ein Fünftel (21 %) hält dies nicht für nötig.

Für eine Beschleunigung des Ausbaus der erneuerbaren Energien sprechen sich insbesondere Frauen, unter 35-Jährige sowie die Anhänger der SPD, der Grünen und der Linke aus.

Mehrheitlich für nicht nötig halten dies nur die Anhänger der AfD.

Meinungen zum Ausbau der erneuerbaren Energien

		Deutschland sollte den Ausbau erneuerbarer Energien beschleunigen, um unabhängiger von Öl- und Gasimporten zu werden	
		ja	nein, das ist nicht nötig
		%	%
insgesamt		75	21
Männer		66	31
Frauen		83	12
18- bis 34-Jährige		84	16
35- bis 49-Jährige		74	20
50- bis 59-Jährige		59	35
60 Jahre und älter		77	19
Anhänger der:	CDU/CSU	84	13
	SPD	97	3
	Grünen	100	0
	Linke	99	0
	AfD	23	68

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe

forsa.

3 Maßnahmen gegen hohe Energiepreise

Es gibt verschiedene weitere Maßnahmen, mit denen die Politik langfristig auf hohe Energiepreise reagieren könnte.

Die wichtigsten Maßnahmen aus Sicht der Befragten in diesem Zusammenhang wären ein stärkerer Ausbau und eine stärkere Förderung von Bus, Bahn und Radwegen (82 %) sowie eine Senkung der Stromsteuer für alle (79 %).

73 Prozent finden bessere Förderprogramme für Gebäudesanierung und den Austausch alter Heizungen eine (sehr) wichtige Maßnahme, 64 Prozent sind für ein deutlich günstigeres Deutschlandticket und 60 Prozent plädieren für eine einfachere Förderung für den Umstieg auf kleine, bezahlbare Elektroautos.

Mögliche Reaktionen auf hohe Energiepreise I

	Die möglichen Maßnahmen als Reaktion auf hohe Energiepreise sind			
	sehr wichtig	eher wichtig	weniger wichtig	unwichtig
	%	%	%	%
ein stärkerer Ausbau und Förderung von Bus, Bahn und Radwegen	49	33	12	5
eine Senkung der Stromsteuer für alle	51	28	16	3
bessere Förderprogramme für Gebäudesanierung und den Austausch alter Heizungen	34	39	20	5
ein deutlich günstigeres Deutschlandticket	32	32	22	13
einfachere Förderung für den Umstieg auf kleine, bezahlbare Elektroautos	32	28	25	13

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe

forsa.

Die Meinungen zu den möglichen Maßnahmen als Reaktion auf hohe Energiepreise gehen in der Bevölkerung mitunter weit auseinander.

So halten Frauen einen stärkeren Ausbau und Förderung von Bus, Bahn und Radwegen, bessere Förderprogramme für Gebäudesanierungen und den Austausch alter Heizungen und ein deutlich günstigeres Deutschlandticket häufiger als Männer für (sehr) wichtig.

Diese drei Aspekte sind auch den jüngeren Befragten häufiger als den älteren Befragten wichtig. Die über 50-Jährigen halten hingegen etwas häufiger als die unter 50-Jährigen eine Senkung der Stromsteuer wichtig.

Deutliche Unterschiede zeigen sich zudem in Abhängigkeit der Parteipräferenz. So halten die Anhänger der Grünen und der Linke Maßnahmen zur Förderung des ÖPNV und des Radverkehrs – einschließlich eines günstigeren Deutschlandtickets –häufiger für wichtig als die Anhänger der anderen Parteien. Eine Senkung der Stromsteuer finden insbesondere Anhänger der CDU/CSU und AfD wichtig, während diese beiden Gruppen ein deutlich günstigeres Deutschlandticket seltener als wichtig erachten.

Die Anhänger der AfD halten zudem bessere Förderprogramme für Gebäudesanierungen und den Austausch alter Heizungen sowie eine einfachere Förderung für den Umstieg auf kleine, bezahlbare Elektroautos deutlich seltener als die Anhänger der anderen Parteien wichtig.

forsa.

Mögliche Reaktionen auf hohe Energiepreise II

Die möglichen Maßnahmen als Reaktion auf hohe Energiepreise sind sehr/eher wichtig

		ein stärkerer Ausbau und Förderung von Bus, Bahn und Radwegen	eine Senkung der Stromsteuer für alle	bessere Förder-programme für Gebäudesanie-rung und den Austausch alter Heizungen	ein deutlich günstigeres Deutschland-ticket	einfachere Förderung für den Umstieg auf kleine, bezahlbare Elektroautos
		%	%	%	%	%
insgesamt		82	79	73	64	60
Männer		75	79	69	59	60
Frauen		89	80	76	69	60
18- bis 34-Jährige		86	72	76	85	58
35- bis 49-Jährige		81	76	73	59	64
50- bis 59-Jährige		73	87	66	56	58
60 Jahre und älter		84	82	73	59	60
Hauptschule		73	92	58	56	63
mittlerer Abschluss		81	83	74	60	63
Abitur, Studium		84	75	73	67	58
Haushaltsnetto-einkommen (in Euro):	unter 2.500	86	78	78	76	44
	2.500 bis unter 4.000	80	81	71	63	67
	4.000 oder mehr	81	75	70	58	64
Anhänger der:	CDU/CSU	75	84	77	53	75
	SPD	89	62	87	67	82
	Grünen	98	65	81	83	81
	Linke	96	69	87	92	69
	AfD	62	96	52	45	35

forsa.

4 Sorge vor Heizkosten im Winter

45 Prozent der Befragten machen sich große oder sehr große Sorgen über die Heizkosten im kommenden Winter. Etwas mehr als die Hälfte (54 %) macht sich diesbezüglich weniger große bzw. keine Sorgen.

Sorgen vor den Heizkosten haben insbesondere die Haushalte mit geringerem Einkommen (unter 2.500 Euro) sowie die Anhänger der AfD.

Sorgen vor Heizkosten

		Über die Heizkosten im kommenden Winter machen sich	
		(sehr) große Sorgen	weniger große bzw. gar keine Sorgen
		%	%
insgesamt		45	54
Männer		44	56
Frauen		46	53
18- bis 34-Jährige		39	61
35- bis 49-Jährige		47	53
50- bis 59-Jährige		46	51
60 Jahre und älter		48	52
Haushaltsnetto-einkommen (in Euro):	unter 2.500	60	38
	2.500 bis unter 4.000	48	52
	4.000 oder mehr	36	64
Anhänger der:	CDU/CSU	33	67
	SPD	39	61
	Grünen	32	67
	Linke	50	50
	AfD	66	34

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe

forsa.

5 Auswirkungen der Energiewende auf die deutsche Wirtschaft

Etwas mehr als die Hälfte der Befragten (54 %) glaubt, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft langfristig stärkt, etwa durch günstigere Energie.

Knapp ein Drittel (30 %) jedoch meint, der Ausbau der erneuerbaren Energien würde die Wirtschaft belasten, etwa durch hohe Kosten.

Dass die Wettbewerbsfähigkeit langfristig gestärkt wird, meinen überdurchschnittlich häufig die unter 50-Jährigen, diejenigen mit hohen Einkommen (4.000 Euro und mehr) sowie insbesondere die Anhänger der SPD, der Grünen und der Linkspartei.

Von den Anhängern der AfD glaubt eine deutliche Mehrheit, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien die Wirtschaft belastet.

forsa.

Auswirkungen der Energiewende auf die deutsche Wirtschaft

Der Ausbau der erneuerbaren Energien wirkt sich langfristig auf die deutsche Wirtschaft aus:

		stärkt die Wettbewerbs-fähigkeit	belastet die Wirtschaft
		%	%
insgesamt		54	30
Männer		49	36
Frauen		58	23
18- bis 34-Jährige		65	24
35- bis 49-Jährige		56	30
50- bis 59-Jährige		41	43
60 Jahre und älter		51	27
Haushaltsnetto-einkommen (in Euro):	unter 2.500	45	33
	2.500 bis unter 4.000	53	27
	4.000 oder mehr	60	30
Anhänger der:	CDU/CSU	62	20
	SPD	80	7
	Grünen	90	4
	Linke	87	4
	AfD	11	74

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“, keine Angabe bzw. „weder noch“

forsa.

6 Bemühungen der Bundesregierung in Sachen Klimaschutz

Gut die Hälfte der Befragten (52 %) meint, die Bundesregierung sollte beim Klimaschutz mehr tun. Ein Viertel (25 %) meint hingegen, sie sollte weniger tun.

Dass die Politik hier gerade richtig ist, meint knapp ein Fünftel der Befragten (17 %).

Mehr Klimaschutz wünschen sich insbesondere die unter 35-Jährigen sowie die Anhänger der Grünen, der Linke und auch der SPD.

Dass die Bundesregierung weniger tun sollte, meinen vor allem die Anhänger der AfD.

Dass die Politik hier gerade richtig ist, meinen am ehesten die Anhänger der CDU/CSU.

Bemühungen der Bundesregierung in Sachen Klimaschutz

		Die Bundesregierung sollte beim Klimaschutz mehr tun		
		ja	nein, weniger	nein, Politik ist gerade richtig
		%	%	%
insgesamt		52	25	17
Männer		42	36	19
Frauen		62	15	15
18- bis 34-Jährige		72	20	8
35- bis 49-Jährige		57	27	11
50- bis 59-Jährige		36	41	16
60 Jahre und älter		44	21	27
Anhänger der:	CDU/CSU	40	12	46
	SPD	78	4	17
	Grünen	93	0	6
	Linke	93	0	6
	AfD	11	71	13

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe

forsa.

Angesichts der Hitzewellen in diesem Sommer fordern manche, die Bundesregierung müsse mehr für den Klimaschutz tun. Andere halten die Hitzewellen nicht für einen Grund, zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen. Die erste Einschätzung teilen 55 Prozent der Befragten. Dass die Hitzewellen kein Grund sind, zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen, meinen 38 Prozent.

Auch bei dieser Frage sind es eher die unter 50-Jährigen, die Befragten mit weiterführender Bildung (Abitur, Studium) sowie die Anhänger der Grünen, der Linke und der SPD, die sich mehr Klimaschutzmaßnahmen wünschen. Die Anhänger der AfD sehen dies nahezu geschlossen anders.

Mehr Klimaschutz angesichts der Hitzewellen?

		Die Bundesregierung sollte angesichts der Hitzewellen mehr für den Klimaschutz tun	
		ja	nein, zusätzliche Maßnahmen sind nicht nötig
		%	%
insgesamt		55	38
Männer		44	51
Frauen		65	26
18- bis 34-Jährige		62	24
35- bis 49-Jährige		60	37
50- bis 59-Jährige		39	57
60 Jahre und älter		54	39
Hauptschule		38	43
mittlerer Abschluss		51	44
Abitur, Studium		60	33
Anhänger der:	CDU/CSU	56	37
	SPD	86	10
	Grünen	94	5
	Linke	96	3
	AfD	10	88

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe

forsa.

Zusammenfassung

Die Befragung zeigt ein recht klares Bild: Nahezu alle Bundesbürger sehen Deutschland bei Öl und Gas stark von Importen abhängig, und drei Viertel wollen deshalb den Ausbau der erneuerbaren Energien beschleunigen. Gut die Hälfte erwartet, dass die Energiewende die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft langfristig stärkt, und wünscht sich mehr Klimaschutz von der Bundesregierung.

Als Reaktion auf hohe Energiepreise finden alle abgefragten Maßnahmen mehrheitlich Unterstützung, allen voran der Ausbau von Bus, Bahn und Radwegen sowie eine Senkung der Stromsteuer. Zugleich macht sich fast die Hälfte der Befragten Sorgen um die Heizkosten im kommenden Winter, vor allem in Haushalten mit geringerem Einkommen.

Die Unterschiede zwischen den Gruppen folgen einem durchgängigen Muster: Frauen, Jüngere sowie die Anhänger von SPD, Grünen und Linke stehen klimapolitischen Maßnahmen besonders aufgeschlossen gegenüber. Die Anhänger der CDU/CSU unterstützen den Ausbau der erneuerbaren Energien ebenfalls mehrheitlich, sehen beim Klimaschutz aber weniger zusätzlichen Handlungsbedarf. Die Anhänger der AfD lehnen eine stärkere Klimapolitik dagegen mehrheitlich ab und erwarten eher Belastungen für die Wirtschaft.

2. Oktober 2026
f26.0238/46312 Le